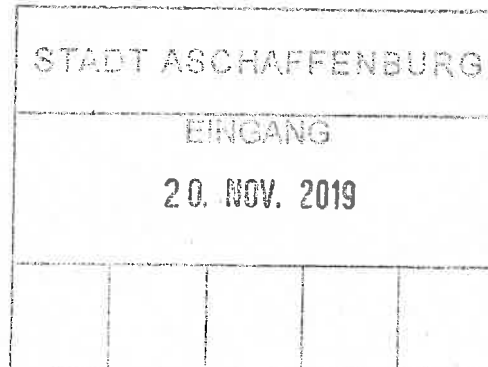




KI\* – c/o Johannes Büttner, Berastraße 6, 63743 Aschaffenburg

An den Oberbürgermeister  
Klaus Herzog  
(per mail)

den Medien zur Kenntnis



**Kommunale Initiative (KI)**

**Johannes Büttner**  
Stadtrat der Kommunalen Initiative (KI)

Rathaus/Dalbergstr. 14  
63739 Aschaffenburg  
Tel/Fax: 06021/980251  
Mobiltel:  
0170-3333722  
johannes.buettner  
@kommunale-initiative.de

### **Antrag: Die Stadt Aschaffenburg tritt dem bundesweiten Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei.**

Am 06.05.2019 hat sich der Stadtrat der Stadt Aschaffenburg mehrheitlich dafür ausgesprochen, sich zum „Sicheren Hafen“ im Sinne der SEEBRÜCKE in Deutschland zu erklären. Sie hat damit ihren Willen erklärt, aus Seenot im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge vorrangig aufzunehmen.

Ein konsequenter Schritt wäre nun, dass die Stadt Aschaffenburg zusätzlich dem „Bündnis Städte Sicherer Häfen“ beitreten soll. Dies beantragt hiermit die Kommunale Initiative (KI).

### **Begründung:**

Im Sinne der am 06.05.2019 Erklärung von Aschaffenburg zum „Sicheren Hafen“ hat die Stadt Aschaffenburg zwar ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, aus Seenot gerettete Geflüchtete aufzunehmen.

Doch solange es von Seiten des Bundes und des Innenministeriums keine grundsätzliche Bereitschaft gibt, für Städte „Sicherer Häfen“ eine Verteilung zu organisieren und die erforderliche Unterstützung bereitzustellen, ist die Stadt bloß zu passiven Zuschauern verdammt und kann ihrer Erklärung keine Taten folgen lassen.

Eine Teilnahme am Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ gäbe der Stadt dagegen Gelegenheit, sich für das am 06.05. erklärte Ziel der Seenot-Aufnahme zusammen mit anderen Kommunen pro-aktiv einzusetzen.

Die Stimme möglichst vieler Kommunen kann auch im Bundesinnenministerium nur schwer überhört werden und die Stadt unterstriche dabei die Ernsthaftigkeit ihrer vorausgegangenen Erklärung.

### **Was/Wer ist das Städtebündnis „Städte Sicherer Häfen“?**

13 Städte schlossen sich am 03.06.2019 zu diesem Städtebündnis mit der Potsdamer Erklärung zusammen. Diese Städte gehören zu den Erstunterzeichnern: Berlin, Detmold, Flensburg, Freiburg, Greifswald,

**20. Nov. 2019**

[info@kommunale-initiative.de](mailto:info@kommunale-initiative.de)

Bankverbindung:  
Sparkasse Aschaffenburg  
IBAN:  
DE67795500 0000  
05178801  
BIC:  
BYLADEM1ASA

[www.kommunale-initiative.de](http://www.kommunale-initiative.de)

*\*Die basisdemokratische Liste im Stadtrat von Aschaffenburg*

**Mitglied bei attac und Mehr Demokratie e.V.**



Heidelberg, Hildesheim, Kiel, Krefeld, Marburg, Potsdam, Rostock, Rottenburg am Neckar.

**Was sind die Ziele des Städtebündnisses?**

Das Bündnis erklärt, „die aus Seenot Geretteten zusätzlich aufzunehmen“ und fordert die Bundesregierung und das Bundesinnenministerium auf, den teilnehmenden Kommunen schnellstmöglich dazu die Möglichkeit zu eröffnen und bei Finanzierung und Unterbringung zu unterstützen.

Mit dem Bündnis soll von Seiten aufnahmewilliger Kommunen Druck auf den Bund / das Bundesinnenministerium ausgeübt werden:

Erreicht werden soll, daß Bundesregierung und Bundesinnenministerium einen an den rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilungsschlüssel für die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden einrichten.

Eine Bund-Länder-Vereinbarung soll die Aufnahme der Geretteten von Bord in die Aufnahme willigen Kommunen ermöglichen.

Die Verteilung soll neben dem Königsteiner Schlüssel in einem zusätzlichen Schlüssel geregelt werden.

Die zusätzlich Aufgenommenen sollen rechtlich und finanziell gleichgestellt und gleichbehandelt werden wie andere Schutzsuchende und Zugang zu einem fairen Asylverfahren erhalten.

**Anlagen:**

**Potsdamer Erklärung: [www.potsdam.de/das-buendnis-staedte-sicherer-haefen](http://www.potsdam.de/das-buendnis-staedte-sicherer-haefen)**

Mit freundlichen Grüßen  
Johannes Büttner  
KI-Stadtrat

